

## **Verbrenner, Bürokratie, Klima – Das planen die mächtigen Konservativen jetzt für Europa**

Welt, 02.07.2024, Stefan Beutelsbacher

[https://www.welt.de/wirtschaft/plus252295660/Verbrenner-Buerokratie-Klima-Das-planen-die-maechtigen-Konservativen-jetzt-fuer-Europa.html?sc\\_src=email\\_6125558&sc\\_lid=606441381&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_id=378&sc\\_cid=6125558&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6125558&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/wirtschaft/plus252295660/Verbrenner-Buerokratie-Klima-Das-planen-die-maechtigen-Konservativen-jetzt-fuer-Europa.html?sc_src=email_6125558&sc_lid=606441381&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_id=378&sc_cid=6125558&cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.6125558&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Die EVP ist nach der Europawahl die stärkste Kraft im EU-Parlament. Diese Woche will die Partei ihre Schwerpunkte für die kommenden Jahre festlegen. Viele Vorhaben klingen zwar technisch – doch ihre Folgen wären mitunter weitreichend. WELT erhielt Einblick in interne Debatten.

Mehr als 730 Gesetze brachte die EU-Kommission in den vergangenen fünf Jahren auf den Weg. Nun, nach der Europawahl, dürften bald weitere folgen. Etwa zu Autos und Schiffen, Kraftwerken und Fabriken, Bauernhöfen und Chemikalien.

Wohl öfter als früher wird die Brüsseler Behörde die Frage beantworten müssen: Wie stark belasten all die Richtlinien und Verordnungen die Wirtschaft? Oder anders: Wie viel Klimaschutz ist zu viel?

Die Europäische Volkspartei (EVP), Heimat von CDU und CSU, hat dabei ein gewichtiges Wort mitzureden. Sie ging aus der Europawahl als stärkste Kraft hervor und gibt im EU-Parlament nun den Ton an. Zudem nominierten Europas Staats- und Regierungschefs die EVP-Spitzenkandidatin Ursula von der Leyen gerade für eine weitere Amtszeit als Präsidentin der Kommission.

Wie also stellt sich die EVP die Wirtschaftspolitik der kommenden Jahre vor? Wie soll es in den Bereichen Klima, Energie und Umwelt weitergehen? Diese Woche will die Partei ihre Prioritäten bei einem Treffen in Portugal festlegen. WELT bekam zuvor Einblick in interne Debatten.

Der Partei geht es, vereinfacht gesagt, um eine Verschiebung des Fokus: weniger neue Umweltgesetze, mehr Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Die EVP will etwa die Bürokratie in der EU um mindestens 25 Prozent verringern, den sogenannten Emissionshandel reformieren – und Autos mit Verbrennungsmotoren retten.

„Wir halten am Green Deal fest“, sagt Peter Liese, der umweltpolitische Sprecher der EVP. „Schließlich plant auch die Wirtschaft damit.“ Bei dem Green Deal handelt es sich um den Versuch, Europa bis 2050 in den ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu verwandeln.

„Das Ziel ist richtig, aber nicht alle Umweltgesetze der vergangenen Jahre waren sinnvoll“, meint Liese. „Viele enthalten unnötige Verbote und belasten unsere Unternehmen, vor allem die kleineren.“

*Green Deal mit Betonung auf „Deal“*

Liese sieht – wie viele andere Politiker in Brüssel – die Wettbewerbsfähigkeit der EU schwinden. Er sagt: „Die Deindustrialisierung bedroht unseren Wohlstand.“ Daher müsse man den Green Deal mit einer Betonung auf das Wort „Deal“ weiterentwickeln und künftig stärker die Interessen der Wirtschaft berücksichtigen.

Konkret will die EVP etwa das Verbrenner-Aus kippen, das Brüssel 2023 beschloss. Zwar möchten auch die Konservativen ab 2035 nur noch klimaneutrale Neuwagen in der EU erlauben. Diese Klimaneutralität soll aber – anders als sich die Kommission das vorstellt – nicht nur mit Elektrofahrzeugen erreicht werden, sondern auch mit Kraftstoffen wie E-Fuels, also mit synthetischem Sprit.

Die bisherigen Ausnahmen für E-Fuels, die die Kommission zusicherte, garantieren nach Auffassung der EVP noch nicht das Überleben des Verbrenners. Deshalb will die Partei das ganze Gesetz noch einmal aufschnüren. Und dank ihres Machtwortes könnte sie Erfolg haben. Das Thema beschäftigt vor allem die deutschen Abgeordneten im EU-Parlament, doch es gibt, so hört man, auch Unterstützung aus Italien, Bulgarien und Polen.

Eine weitere Forderung der EVP lautet: Abbau von Bürokratie. Die Partei will alle Klimaregeln der EU überprüfen und jene ändern, die Unternehmen zu stark belasten. Sie lobt das sogenannte Netto-Null-Industrie-Gesetz aus dem vergangenen Jahr.

Es sieht weniger Verwaltungsaufwand und schnellere Genehmigungsverfahren für Firmen vor, die saubere Technologien herstellen. Nun möchten die Konservativen das Gesetz auch auf Betriebe ausweiten, die keine Windräder und Wärmepumpen bauen – ihre Produktionen aber immerhin klimaneutral umstellen.

Viele Vorhaben klingen technisch. Doch ihre Folgen wären weitreichend. Das gilt auch für die Reform des Emissionshandels, die Liese und seine Parteifreunde anstreben. Der Emissionshandel, unter der englischen Abkürzung ETS bekannt, gilt als Herzstück der europäischen Klimapolitik.

Die Idee dahinter: Wer Treibhausgase in die Luft bläst, muss dafür eine Erlaubnis kaufen, Fachleute sprechen von einem CO<sub>2</sub>-Zertifikat. Jede Tonne Kohlendioxid hat in der EU einen bestimmten Preis. Verursacht ein Unternehmen mehr CO<sub>2</sub>, als es die erworbenen Zertifikate zulassen, muss es nachkaufen. Wird weniger ausgestoßen, lassen sich die Verschmutzungsrechte verkaufen.

### *Zwei Wege zur Klimaneutralität für Unternehmen*

Diese Regelung gilt bisher zum Beispiel für Kraftwerke, Raffinerien und Hochöfen. Insgesamt werden rund 9000 Anlagen erfasst. Sie verursachen knapp 40 Prozent aller europäischen Treibhausgasemissionen. 27 Prozent davon entfallen auf Deutschland.

Bleiben die aktuellen Gesetze unverändert, können ab 2039 keine CO<sub>2</sub>-Zertifikate mehr ausgegeben werden. Die Kraftwerke, Raffinerien und Hochöfen müssen dann also klimaneutral sein. Das ist nach Meinung der EVP nicht flächendeckend für alle Unternehmen in der EU möglich. Daher will die Partei auch negative Emissionen in den ETS einbeziehen. Was bedeutet das konkret?

Ein Unternehmen kann die Klimaneutralität – vereinfacht gesagt – auf zwei Wegen erreichen. Entweder sorgt es dafür, dass aus seinen Fabrikschloten kein Kohlendioxid mehr strömt. Oder es saugt CO<sub>2</sub> aus der Luft ab.

Das ist mit neuen Technologien wie DAC möglich. Die Abkürzung steht für „Direct air capture“. Es handelt sich um große Ventilatoren, die Treibhausgase einfangen. Zwar nicht genau jene, die das Unternehmen ausstößt.

Aber die Anlagen reduzieren das Kohlendioxid in der Atmosphäre insgesamt. Es soll auch möglich sein, dass andere Firmen diese Arbeit erledigen und der CO<sub>2</sub>-Emittent die so gewonnenen Zertifikate abkauft. Ein Kraftwerk oder Hochofen kann also – auf dem Papier – negative Emissionen erreichen. Und die EVP will das künftig im ETS berücksichtigen.

„Die Kommission muss in der nächsten Legislaturperiode eine Reform des Emissionshandels angehen“, sagt der Europaabgeordnete Liese. „Wir setzen auf Marktwirtschaft, Technologieoffenheit und Innovation.“

Lösungen wie DAC, meint Liese, sollten schnellstmöglich in den Emissionshandel aufgenommen werden. Zudem will die EVP Änderungen an Europas neuem Klimazoll namens CBAM. Für Waren, die aus Ländern mit lockeren Umweltvorschriften kommen, wird an den Grenzen der EU bald ein Aufschlag fällig.

Importiert etwa ein deutsches Unternehmen Schrauben aus Indien, wo man die Sache mit dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht so genau nimmt, soll es dafür extra zahlen. So will Brüssel weltweit Emissionen senken und dem Klima helfen.

Die EVP fordert nun die Einführung von Schwellenwerten, um kleine Firmen und Privatpersonen von CBAM auszunehmen. Denn nach den aktuellen Regeln könnte es Experten zufolge – theoretisch – etwa dazu kommen, dass ein Jugendlicher, der ein Ersatzteil für sein Moped aus dem Ausland bestellt, einen Bericht darüber an die EU-Kommission schicken muss.